

**Ä3 zu IA12: Wirtschaftliche Entwicklung stärken, Menschenrechte schützen –  
Für eine neue Ausrichtung der europäischen Außen- und  
Entwicklungspolitik in den Maghreb-Staaten**

Antragsteller\*innen      Philipp Lourenço (AG Programmatik)

**Antragstext**

**Von Zeile 30 bis 86:**

1. Verstöße gegen die Meinungs- und Pressefreiheit, zu verurteilen und die Maghreb-Staaten aktiv zu bewegen, diese einzudämmen.
1. bei einer weiteren Verschlechterung der menschenrechtlichen Situation Sanktionen gegen die Maghreb-Staaten zu verhängen (z.B. Smart Sanctions gegen Entscheidungsträger:innen).
1. dafür zu sorgen, dass ihre entwicklungspolitischen Maßnahmen sowie die ihrer Mitgliedstaaten konsequent die Ziele einer feministischen Entwicklungspolitik verfolgen und so Demokratisierungsprozesse in den Maghreb-Staaten nachhaltig fördern, die Rechte von Frauen, INTA\*-Personen (inter-, nonbinäre, trans-, und agender Personen), Geflüchteten und anderen marginalisierten Gruppen stärken sowie die Presse- und Meinungsfreiheit schützen. . Dabei betonen wir die Bedeutung der Einbeziehung und Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Akteuren.
1. für die Bekämpfung von Fluchtursachen und im Angesicht des weltweiten Kampfes gegen den fundamentalistischen Terrorismus gemeinsam mit den Maghreb-Staaten und lokal gefestigten Akteur:innen eine Allianz gegen den Terrorismus zu bilden. Dies beinhaltet eine engere Zusammenarbeit der Geheimdienste, Regierungen und internationalen Organisationen, insbesondere der Afrikanischen Union. Gleichzeitig darf diese Zusammenarbeit nicht zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen der Bevölkerung in den Maghreb-Staaten führen, etwa durch die Verfolgung von

Oppositionellen. Wir fordern daher, dass die EU gleichzeitig auch wirksame Mechanismen einführt, um das Missbrauchspotenzial solcher geteilten Informationen zu minimieren.

1. Angesichts der sehr heterogenen Situationen in den einzelnen Maghreb-Staaten fordern wir von der EU außerdem konkret:

5. den UN-Plan für die Westsahara von 1991 zu unterstützen, die Verhandlungen zwischen Marokko und der Westsahara mit dem Ziel einer Entkolonialisierung weiterzuverfolgen sowie sich dafür einzusetzen, das Mandat der UN-Mission MINURSO auszuweiten. Der UN muss zusätzlich das Mandat erteilt werden, die Einhaltung der Menschenrechte in der Westsahara sicherzustellen!

5. den politischen Druck auf Algerien zu erhöhen, eine Beobachtungsmission bezüglich der dort 2026 stattfindenden Parlamentswahlen zuzulassen. Zusätzlich erwarten wir von der EU, Algerien dazu aufzufordern, eine Beobachtermission der Afrikanischen Union (AU) zu erlauben, um die dortige rechtsstaatliche Lage zu beobachten und die Einhaltung der Menschenrechte, insbesondere der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, sowie die Durchsetzung der Rechte von Geflüchteten sicherzustellen.

5. sich für einen Blauhelm-Einsatz in Libyen auszusprechen und Verhandlungen zwischen der international anerkannten Regierung und der Haftar-Miliz unter Leitung der UN zu unterstützen. Dabei soll sich die EU weiterhin für die staatliche Einheit Libyens einsetzen.

5. die finanziellen Mittel für den Bereich Migration und Mobilität der "Vereinbarung über eine strategische und umfassende Partnerschaft zwischen der EU und Tunesien" einzufrieren, solange Tunesien keine Wahlen unter Berücksichtigung demokratischer Grundsätze durchführt.[Leerzeichen]

~~2. den UN-Plan für die Westsahara von 1991 zu unterstützen, die Verhandlungen zwischen Marokko und der Westsahara mit dem Ziel einer Entkolonialisierung weiterzuverfolgen, sowie sich dafür einzusetzen, das Mandat der UN-Mission MINURSO auszuweiten. Die UN muss zusätzlich das Mandat besitzen, die Einhaltung der Menschenrechte in der Westsahara sicherzustellen!~~

3. den politischen Druck auf Algerien zu erhöhen, eine Beobachtersmission bezüglich der dort 2026 stattfindenden Parlamentswahlen zuzulassen. Zusätzlich erwarten wir von der EU, Algerien dazu aufzufordern, eine Beobachtersmission der Afrikanischen Union (AU) zu erlauben, um die dortige rechtsstaatliche Lage zu beobachten und die Einhaltung der Menschenrechte, insbesondere der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, sowie die Durchsetzung der Rechte von Geflüchteten sicherzustellen.
4. sich für einen Blauhelm-Einsatz in Libyen auszusprechen und Verhandlungen zwischen der international anerkannten Regierung und der Haftar-Miliz unter Leitung der UN zu unterstützen. Dabei soll sich die EU weiterhin für die staatliche Einheit Libyens einsetzen.
5. die finanziellen Mittel für den Bereich Migration und Mobilität der "Vereinbarung über eine strategische und umfassende Partnerschaft zwischen der EU und Tunesien" einzufrieren, solange Tunesien keine Wahlen unter Berücksichtigung demokratischer Grundsätze durchführt.
6. Bildungsprojekte in Mauretanien stärker zu fördern, um die jüngsten Fortschritte in der Alphabetisierung weiter voranzutreiben. Dabei soll der Fokus auf wirtschaftlich und sozial benachteiligte Gruppen liegen.
7. die Entwicklungshilfen der EU und ihrer Mitgliedstaaten in den Maghreb-Staaten für Demokratisierung, die Rechte von Frauen und anderen marginalisierten Gruppen, Pressefreiheit und den Schutz von Geflüchteten zu intensivieren. Dabei betonen wir die Bedeutung von zivilgesellschaftlichen Akteuren.
8. bei einer weiteren Verschlechterung der menschenrechtlichen Situation, Sanktionen gegen die Maghreb-Staaten zu verhängen (z.B. Smart Sanctions gegen Entscheidungsträger:innen).
9. die Maghreb-Staaten beim Aufbau einer starken und zuverlässigen Wirtschaft zu unterstützen. Dies ist neben dem Schutz der Menschenrechte und der politischen Stabilität eine Säule für die positive Entwicklung der Region. Insbesondere möge die EU Energiepartnerschaften mit den Maghreb-Staaten eingehen. Dabei soll der Fokus auf dem Ausbau von erneuerbaren Energien, v.a. Solar- und Windkraft, liegen. Um den Maghreb-Staaten den Zugang zum europäischen Strommarkt zu ermöglichen, fordern wir den Ausbau von Hochspannungsgleichstromleitungen

(HVDC), mit denen Strom über große Instanzen transportiert werden kann.

10. basierend auf ersten vielversprechenden Entdeckungen größerer Vorkommen an sogenannten Seltenen Erden in Marokko, ein strategisches Abkommen zur Erkundung und Förderung Seltener Erden mit den Maghreb-Staaten zu schließen.
11. für die Bekämpfung von Fluchtursachen und im Angesicht des weltweiten Kampfes gegen den fundamentalistischen Terrorismus, gemeinsam mit den Maghreb-Staaten und lokal gefestigten Akteur:innen eine Allianz gegen den Terrorismus zu bilden. Dies beinhaltet eine engere Zusammenarbeit der Geheimdienste, Regierungen und internationalen Organisationen, insbesondere der Afrikanischen Union. Gleichzeitig darf diese Zusammenarbeit nicht zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen der Bevölkerung in den Maghreb-Staaten führen, etwa durch die Verfolgung von Oppositionellen. Wir fordern daher, dass die EU gleichzeitig auch wirksame Mechanismen einführt, um das Missbrauchspotenzial solcher geteilten Informationen zu minimieren.